

Ein Kontinent in Bewegung

Weil die einheimische Bevölkerung altert und schrumpft, wird die regionale Entwicklung des Kontinents in Zukunft sehr unterschiedlich verlaufen. Die Mehrheit der Regionen braucht Zuwanderung, um ihre Einwohnerzahl stabil zu halten. Während der Westen und die Metropolregionen noch auf Wachstum hoffen können, steht vor allem ländlichen Regionen Mittel- und Osteuropas ein enormer Bevölkerungsverlust bevor.

Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, erwirtschaftete in Europa nur Luxemburg ein höheres, Norwegen und die Schweiz ein ähnlich hohes Pro-Kopf-Bruttoinlandprodukt wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Ärmere europäische Länder wie Griechenland, Spanien und Irland kamen nur auf etwa die Hälfte, Bulgarien auf ein Viertel und Albanien sogar nur auf ein Zehntel des amerikanischen Wertes. Einer der Gründe für das enorme Gefälle und den Rückstand war die politische Zersplitterung Europas. Sie verhinderte, was Ökonomen das Nutzen komparativer Kostenvorteile nennen: Jedes Land produziert das, was es am besten kann und treibt damit Handel.

Ebenso können sich auch Menschen dorthin begeben, wo sie ihre Qualifikation am besten verwerten können. Auf diese Weise steigt der Wohlstand aller Staaten stärker, als wenn jeder einzelne alles selbst produzieren und Wanderungen verhindern würde. Dieser neuen Mobilität von Waren, Dienstleistungen und Personen in Europa dürfte es zu verdanken sein, dass bis 2007 immerhin 23 europäische Nationen ihren ökonomischen Abstand zu den USA verringern konnten, darunter 21 der 27 EU-Länder.

Mobilität beflügelt die ökonomische Entwicklung

Die Mobilität von Kapital und Arbeitskräften übt einen erheblichen Druck aus: auf Unternehmen, die sich dem Wettbewerb mit Firmen jenseits nationaler Grenzen stellen müssen; auf Staaten, deren Firmen und Steuerzahler in Länder mit günstigeren Rahmenbedingungen ausweichen können; und auf Menschen, die zum Teil ihre Heimat verlassen müssen, um anderswo ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Unter den Einheimischen in wohlhabenden Ländern wuchs in den vergangenen Jahren die Sorge, sie könnten zu Verlierern des zusammenwachsenden Europas werden. Während Arbeitsplätze in Billiglohnländern abwandern, so die Befürchtung, belasteten zehntausende Armutsflüchtlinge die Einwanderungsländer und drückten dort die Löhne. Tatsächlich hat allein in Deutschland zwischen 2001 und 2006 ein Siebtel aller Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. 60 Prozent der vordem in Deutschland angesiedelten insgesamt 188'000 Jobs gingen in neue EU-Mitgliedsländer.

Doch das europäische Zusammenwachsen schafft auch in Hochlohnländern neue Arbeitsplätze. Im Dienstleistungsbe- reich mit hohen Qualifikationsanforderungen entstanden in

Deutschland 20 Prozent mehr Jobs als aus demselben Bereich ins Ausland verlagert wurden. Allerdings verschwinden die einfachen Tätigkeiten aus den reichen Regionen. Dennoch sind es gerade die Hochtechnologie- und Hochlohnregionen, wie Oberbayern in Deutschland, die Schweiz oder Nordbrabant in Holland, die die geringste Arbeitslosigkeit verzeichnen.

Unterm Strich ist die europäische Integration und die neue Mobilität von Kapital und Arbeit eine ökonomische Erfolgsgeschichte. Zählt man alle 27 gegenwärtigen EU-Länder zusammen, liegt die Zahl der Beschäftigten knapp sieben Prozent über dem Wert von 1989. Die Zahl der Erwerbstätigen in den 15 ursprünglichen EU-Ländern ist zwischen 1989 und 2007 sogar um 15 Prozent gestiegen. In ganz Europa standen nie mehr Menschen in Lohn und Brot (Kröhnert/Hossmann/Klingholz 2008).

Allerdings profitieren, während sich die Wirtschaftskraft der einst armen europäischen Staaten allmählich an die der reichen annähert, innerhalb der Länder nicht alle Regionen gleichermaßen von dem Aufholprozess. Denn die neuen Unternehmen siedeln sich vor allem in den urbanen Zentren an, wo Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur am besten sind. Das Wirtschaftswachstum fast aller osteuropäischen Länder basiert vorwiegend auf dem Wachstum der Hauptstadtregionen – und jene sind auch die einzigen, in denen die Bevölkerungszahl noch wächst. Ländliche, entlegene Regionen verlieren ihre jungen Menschen und bleiben zwangsläufig auch wirtschaftlich zurück.

Mangelhafte Integration als schwere Hypothek auf die Zukunft

Als sich die Schlagbäume öffneten, entflohen die Menschen zu Millionen den schwierigen Lebensbedingungen in den ehemaligen Ostblock-Staaten. Zusätzlich dazu strömen jährlich hunderttausende Nicht-Europäer auf den Kontinent, um nach einer besseren Zukunft und nach Arbeit zu suchen. Die europäische Integration beflügelte zunächst das Wirtschaftswachstum im Westen und machte selbst Länder, die bislang Abwanderungsgebiete waren, zu neuen Zielen der Migration. Das gilt vor allem für Spanien, wo sich die Zahl der Ausländer zwischen 1995 und 2006 fast verachtfachte. Oder Italien, wo die Ausländerzahl auf das Dreifache gestiegen ist. In Irland endete 1993 gar eine 150-jährige Auswanderungsgeschichte. Der wirtschaftliche Boom machte Irland bis 2007 zu einem der wohlhabendsten Länder des Kontinents – zwischen 1995 und 2006 hat sich die Zahl der dort lebenden Ausländer verdoppelt. Auch Finnland und Portugal verzeichnen etwa 80 Prozent mehr Ausländer als noch 1995. Doch nicht nur Menschen aus armen Ländern sind in Europa mobil: Aus Deutschland zieht es gut Qualifizierte verstärkt in die Schweiz, nach Österreich und nach Norwegen – in noch wohlhabendere Länder, mit einem besseren Arbeitsplatzangebot, weniger Bürokratie und günsti-

geren Steuersätzen. Daneben verbringen zehntausende wohlhabende britische und deutsche Pensionäre ihren Lebensabend an den südspanischen Küsten. Im Jahr 2006 lebten in den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union rund 27 Millionen Menschen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft – das sind etwa fünf Prozent aller Einwohner. Etwa gleich gross ist die Zahl jener Migranten, die bereits die Nationalität ihrer neuen Heimat übernommen haben oder die als Kinder von Zuwanderern dort geboren wurden.

Doch nur in wenigen kleineren Ländern, wie in Luxemburg, Belgien, Irland und Zypern stellen Menschen aus anderen EU-Staaten den grössten Ausländeranteil. Sie sind aufgrund ihres Bildungsstandes meist gut in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die meisten Ausländer der anderen EU-Länder kommen von ausserhalb – viele aus Afrika: 30 Prozent aller Menschen, die sich gegenwärtig in einem europäischen Land aufhalten, in dem sie nicht geboren sind, stammen vom afrikanischen Kontinent. Viele der aussereuropäischen Zuwanderer bringen keine ausreichende Schul- oder Berufsausbildung mit. In Zeiten des Booms, wie im Deutschland der 1960er oder im Spanien der vergangenen Jahre, finden auch gering Qualifizierte eine Arbeit auf dem Bau oder in der Industrie und sind deshalb gern gesehen. Doch in der Krise verlieren schlecht qualifizierte Zuwanderer meist zuerst ihre Arbeit. Gelingt es dann nicht, zumindest die Jüngeren unter ihnen und ihre Kinder besser zu qualifizieren und in das Erwerbsleben zu integrieren, wächst ein enormes Konfliktpotenzial heran. Denn Menschen mit Migrationshintergrund bestimmen ganz wesentlich die zukünftige Bevölkerungsstruktur vieler Länder Europas.

Zugewanderte sind im Mittel jünger als die Alteingesessenen und haben mehr Kinder. In Deutschland, wo rund acht Prozent der Bewohner als Ausländer registriert sind, aber knapp ein Fünftel der Bevölkerung Migranten der ersten oder zweiten Generation sind, stammt bereits ein Drittel der unter Zehnjährigen aus einer Zuwandererfamilie. In vielen Metropolregionen sind es mehr als die Hälfte.

Wettbewerb um Fachleute

Während Migranten ohne Beschäftigung die Sozialsysteme belasten, entwickelt sich um Fachkräfte – Ingenieure, Wissenschaftler und Ärzte, aber auch Tischler, Krankenschwestern oder Automechaniker – zunehmend ein internationaler Wettbewerb. Je höher qualifiziert ein Migrant ist, desto mehr kann

er wählen zwischen Ländern und Regionen mit unterschiedlichen Aufnahmebedingungen, Arbeitsangeboten, Einkommensmöglichkeiten, Sozialsystemen oder regionaler Lebensqualität. Verglichen mit klassischen Einwanderungsnationen wie den USA, Neuseeland, Kanada oder Australien ist Europa wenig erfolgreich beim Anwerben qualifizierter aussereuropäischer Migranten. Während in den USA hoch Qualifizierte die grösste Einwanderergruppe stellen und gering Qualifizierte die kleinste, ist es in Europa umgekehrt. Auf den europäischen Kontinent strömen permanent Menschen, die im Durchschnitt geringer gebildet sind als die Einheimischen, während in den USA, Neuseeland oder Kanada die Einwandererpopulation einen ähnlichen Qualifikationsstand aufweist wie die Ansässigen. Eine europäische Ausnahme bildet die Schweiz, der es zumindest in jüngerer Vergangenheit gelungen ist, vorwiegend Hochqualifizierte anzuwerben (Avenir Suisse/Müller-Jentsch 2008).

Dass die klassischen Einwanderungsstaaten hierin erfolgreicher sind, hat verschiedene Gründe. Zum einen begrenzen sie die Zuwanderung für gering Qualifizierte und schrecken durch geringe Sozialleistungen ab. Auf der anderen Seite versprechen die durchlässigen Arbeitsmärkte mit ihrer grossen Lohnspreizung Qualifizierten binnen kurzer Zeit ein hohes Einkommen und beruflichen Aufstieg. In den USA kann der Sohn eines afrikanischen Einwanderers Präsident werden, und junge Migranten können es binnen weniger Jahre bis in die Vorstandsetagen grosser Unternehmen schaffen. In einem europäischen Staat gelingt so etwas kaum.

Grosse demographische Veränderungen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich auch ein anderer Trend nicht mehr verbergen, der sich bis 2030 beschleunigen wird: Die einheimische Bevölkerung fast aller europäischen Länder altert und schrumpft. Einige Länder mit besonders niedrigen Geburtenraten – wie Deutschland, Spanien, Italien oder Polen – bräuchten Millionen von Zuwanderern, wollten sie die Grösse ihrer Erwerbsbevölkerung konstant halten. In Ländern wie Österreich oder Deutschland liegen die Kinderzahlen schon seit Mitte der 1970er Jahre auf einem so niedrigen Niveau, dass jede Elterngeneration nur noch zu zwei Dritteln durch ihre Kinder ersetzt wird. Bereits ab etwa 2010 wird in der Europäischen Union die Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 15 und 65 Jahren abnehmen. Dann gehen nach und nach die starken Geburtsjahrgänge der 1950er und 1960er Jahre in den Ruhestand. Da alle später geborenen Jahrgänge zahlenmässig kleiner sind, wird die Erwerbsbevölkerung anschliessend kontinuierlich schrumpfen.

In der Gegenwart zeigt sich der Effekt anhaltend niedriger Kinderzahlen vor allem in peripheren, ländlichen Gebieten, in denen früher kinderreiche Familien die Regel waren. Diese Regionen haben immer schon die nachwuchsrärmeren und wachsenden Ballungszentren mit jungen Menschen versorgt. Seit aber selbst in der Peripherie die Kinderzahlen je Frau zum Teil weit unter den Wert von 2,1 gesunken sind, der eine langfristig stabile Bevölkerungszahl verspricht, haben entlegene Regionen der Abwanderung nichts mehr entgegenzusetzen. Sie

22

Wachsende Ungleichgewichte

Auch wenn die Bevölkerung der EU derzeit noch wächst – für das gesamte Europa stehen die Zeichen auf Schwund. Nur Russland wird unter den grossen Weltregionen stärker schrumpfen. Ganz anders verläuft die Entwicklung in Asien und Afrika. Die Bevölkerung dieser Regionen wächst stark und die Menschen bleiben im Durchschnitt weit jünger als in Europa.

		Europa	Russland	Nordamerika	Lateinamerika	Asien	Afrika
Einwohnerzahl (in Mio.)	2007	590	142	335	569	4'010	944
	2030	583	123	405	712	4'930	1'518
Bevölkerungsveränderung 2007 bis 2030 in Prozent		-1,2	-13,4	20,9	25,1	22,9	60,8
Durchschnittsalter	2007	38,9	37,3	36,6	26	27,6	19
	2030	45,5	43,8	39,6	34,1	35,3	23,1
Kinderzahl je Frau	2007	1,5	1,34	2	2,5	2,4	5
Unter 15-Jährige in Prozent	2007	16	15	20	30	28	41
	2030	14,3	14,2	17,9	21,8	21,3	34,5
Über 65-Jährige in Prozent	2007	16	14	12	6	6	3
	2030	22,6	19,8	19,8	11,9	11,7	4,6
Lebenserwartung	2007	76,0	65,5	78,5	73,3	68,0	53,0
	2030	78,2	69,7	80,9	77,1	74,1	59,8

Un continent en mouvement

Les Etats de l'Europe se trouvent face à un double problème de migration: des millions d'immigrés sont mal intégrés et transmettent souvent leurs déficits à leurs enfants. Pourtant, nombre de pays ont impérativement besoin que l'immigration se poursuive. Ce sont précisément les Etats économiquement très développés qui ont un besoin croissant de main-d'œuvre qualifiée car souvent la relève manque dans ces pays. Certains pays à taux de natalité particulièrement bas – tels l'Allemagne, l'Espagne, l'Italie et la Pologne – nécessiteraient de millions d'immigrés pour pouvoir maintenir un taux constant de population active. A l'avenir, le développement du continent évoluera très différemment selon les régions. Tandis que l'Europe occidentale et les régions des métropoles peuvent encore espérer une croissance, les régions rurales d'Europe centrale et d'Europe de l'Est, elles, devront faire face à une énorme déperdition de leur population. Par ailleurs, dans nombre de régions, la population évoluera de plus en plus, car la proportion des immigrés et de leurs descendants est en augmentation.

bluten demographisch aus. Nur in Staaten mit höherer Fertilität und anhaltender Zuwanderung, etwa in Frankreich, Irland oder Norwegen, gibt es genug Menschen, um auch in Gebieten, die früher unter der Landflucht gelitten haben, die Bevölkerungszahlen zu stabilisieren.

Die grundsätzlichen demographischen Veränderungen in Europa werden sich den Prognosen zufolge regional sehr unterschiedlich auswirken. Das europäische Statistikamt Eurostat geht davon aus, dass bis 2030 für drei Viertel aller Regionen die Zuwanderung der einzig mögliche Wachstumsfaktor sein wird. Die Hälfte dieser Gebiete wird trotz Zuwanderung einen Bevölkerungsrückgang erleben. Nur ein Viertel aller Regionen erreicht eine Stabilität oder Wachstum aus eigener Kraft. Bei der den Prognosen zugrunde liegenden Migration dürfte die EU-27 bis 2050 um etwa vier Prozent wachsen. Ohne den Zustrom von aussen würde sie um 52 Millionen auf unter 447 Millionen schrumpfen (Eurostat- Länderprognose 2007 bis 2050).

Enorme regionale Unterschiede

Deutschlands Osten wird weiterhin zu den grössten Verlierern gehören, vor allem weil es schon heute an jungen Menschen und damit potenziellen Eltern fehlt. Ein Phänomen, das ebenso in Rumänien und Bulgarien, in Teilen Polens sowie in den noch weiter östlich gelegenen Nicht-EU-Ländern zu erwarten ist. Die Benelux-Länder bleiben einigermaßen stabil, wobei die dicht besiedelten Niederlande sogar an Einwohnerzahl zulegen dürften. In dem zentraleuropäischen Gebiet, das von Schweden und Dänemark über Westdeutschland bis nach Norditalien, Ostösterreich und Slowenien reicht, wird der attraktive Wirtschaftsraum voraussichtlich für eine stabile, gleichwohl alternde Bevölkerung sorgen.

Noch ist nicht abzusehen, welchen Einfluss die globale Finanz- und für 2009 erwartete Wirtschaftskrise auf diese Regionalprognosen haben wird. Für kleine, besonders betroffene Länder, wie etwa Island, könnten sich bisherige Annahmen zur Zuwanderung als falsch erweisen. Auch sind Rückwanderungen aus bestimmten Ländern mit zuletzt hoher Einwanderung, wie etwa Spanien, denkbar. An den übergreifenden demographischen Trends – Nachwuchsmangel, Alterung, Zunahme des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund und Entleerung der peripheren Räume – wird sich dadurch jedoch nichts ändern. Nachwuchsarme Länder dürften gegenüber jenen mit einer stabilen natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Zeiten der ökonomischen Krise noch mehr im Nachteil sein als in Zeiten des Booms.

Der stärkste Bevölkerungsrückgang ist in den Ländern des ehemaligen Ostblocks zu erwarten. Auch dort werden Staaten in Zukunft aufgrund ihrer niedrigen Geburtenraten Zuwanderer benötigen. Der Blick geht dabei im allgemeinen immer weiter nach Osten. Aber auch da haben Länder wie die Ukraine oder die Republik Moldau kaum noch junge Menschen zu bieten. In Zukunft müssten die Migranten somit vermehrt aus aussereuropäischen Staaten kommen. Auf der Welt insgesamt wird auch künftig kein Mangel an Menschen herrschen: Die Vereinten Nationen gehen in ihren Vorausschätzungen von einem Zuwachs der Weltbevölkerung um etwa 1,5 Milliarden bis 2030 aus. Allein die Bevölkerung Afrikas, wo die durchschnittliche Kinderzahl je Frau derzeit bei fünf liegt, wächst jedes Jahr um etwa 20 Millionen Menschen.

Literatur

- Kröhnert, Steffen / Hossmann, Iris / Klingholz, Reiner, 2008, Die demographische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München:dtv.
- Statistisches Bundesamt, 2008, Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten. Ergebnisse der Piloterhebung. Wiesbaden.
- Avenir Suisse/ Müller-Jentsch, Daniel (Hg.), 2008, Die neue Zuwanderung. Die Schweiz zwischen Brain-Gain und Überfremdungsangst. Zürich: Verlag NZZ.

Steffen Kröhnert ist Sozialwissenschaftler am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, einem Think-Tank, welcher sich der Verbreitung von Wissen über den demografischen Wandel verschrieben hat.

23